



Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

Herrn
Jörg Mitzlaff
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Berlin, 18. Februar 2022
Bezug: Mein Schreiben vom
16.12.2021

Anlagen: 1

Referat Pet 2
BMG, BMUV, BR, BT

Frau Hennig
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-35243
Fax: +49 30 227-36130
vorzimmer.pet2@bundestag.de

Pet 2-20-18-273-001618 (Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

im Auftrag der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Martina Stamm-Fibich, MdB, übersende ich Ihnen die zu Ihrer Eingabe angeforderte Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) vom 24.01.2022 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Ich bitte mir mitzuteilen, ob Sie nach Kenntnisnahme der Stellungnahme an Ihrem Anliegen festhalten wollen. Bitte benennen Sie mir, wenn das Petitionsverfahren fortgesetzt werden soll, Ihre Gegenargumente in Bezug auf die Stellungnahme des Ministeriums und was im Einzelnen noch Gegenstand einer parlamentarischen Prüfung durch den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages sein soll.

Sollte ich innerhalb der nächsten sechs Wochen keine Antwort erhalten, gehe ich davon aus, dass Sie das Petitionsverfahren nicht weiter betreiben wollen.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, WR II 4, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

An den
Deutschen Bundestag
– Petitionsausschuss –
Platz der Republik 1

11011 Berlin

TEL +49 22899 305 - 2582

FAX +49 22899 10 305 - 2582

max.niederstein@bmu.bund.de

www.bmu.de

Abfallwirtschaft

Eingabe von Herrn Jörg Mitzlaff, 10405 Berlin,
vom 08.12.2021

Ihr Schreiben vom 16.12.2021, Pet 2-20-18-273-001618

Aktenzeichen: 0028/003-2021.0144

Bonn, 24.01.2022

Der Petent schlägt eine finanzielle Förderung für biologisch abbaubare Kunststoffverpackungen vor, die der DIN EN 13432 entsprechen und aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt werden. Durch eine steuerliche Entlastung könne seines Erachtens die Weiterentwicklung gefördert, evtl. anfängliche Mehrkosten kompensiert und die Akzeptanz solch biologisch abbaubarer Kunststoffverpackungen gesteigert werden.

Der Petent erkennt zurecht die große Menge und Vielfalt an Einwegverpackungen im Lebensmittelbereich in Supermärkten. Folglich entsteht auch eine große Menge an Verpackungsabfall. Die Reduzierung dieser Menge und das Schließen von Stoffkreisläufen durch Recycling müssen übergeordnete Ziele sein, denn nur so kann entlang des gesamten Lebenszyklus insbesondere





Seite 2

der Kunststoffverpackungen Energie- und Ressourceneinsatz reduziert werden. Durch die vom Petenten angesprochene finanzielle Förderung vermeintlich biologisch abbaubarer Kunststoffe aus nachwachsenden Rohstoffen sind diese Ziele nicht zu erreichen. Die Menge der verbrauchten Verpackungen wird auch beim Einsatz solcher Kunststoffe nicht vermindert.

Eine Bevorzugung von Verpackungen aus biologisch abbaubaren Kunststoffen durch den Gesetzgeber ist aus verschiedenen ökologischen Gesichtspunkten nicht gerechtfertigt. Soweit die Petition implizieren sollte, dass biologisch abbaubare Einwegkunststoffverpackungen zusammen mit Bioabfällen gesammelt (z. B. über die Biotonne) und einer bodenbezogenen Verwertung zugeführt werden sollen, würde dies keine hochwertige Verwertung der Kunststoffverpackungen darstellen. Im Rahmen von aeroben biologischen Abbauprozessen (Kompostierung) werden biologisch abbaubare Kunststoffe mikrobiell hauptsächlich zu Kohlenstoffdioxid und Wasser sowie einem marginalen Rest organischen Materials umgesetzt. Diese Menge organischen Materials ist jedoch viel zu gering, um bei einer bodenbezogenen Verwertung eine Dünge- oder Bodenverbesserungswirkung zu erzielen. Vielmehr gehen dabei die bei ihrer Produktion eingesetzten Mengen an Rohstoffen und Energie unwiederbringlich für eine stoffliche und/oder energetische Verwertung verloren.

Soweit die Petition mit dem Einsatz von bioabbaubaren Einwegkunststoffverpackungen eine Lösung bei dem Littering-Problem sehen sollte, stellen bioabbaubare Kunststoffe hierfür ebenfalls keine Lösung dar. Ein vollständiger biologischer Abbau solcher Kunststoffe in absehbaren Zeiträumen gelingt nur bei einer geregelten Kompostierung in großtechnischen Anlagen. In der natürlichen Umwelt hingegen ist dies nicht gewährleistet. Insbesondere dann,





Seite 3

wenn das Attribut „biologisch abbaubar“ zu einem sorglosen Wegwerfen solcher Kunststoff-Verpackungen führen kann, tragen diese gerade nicht zu einer Entlastung der Umwelt bei.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine pauschale ökologische Vorteilhaftigkeit von biologisch abbaubaren Kunststoffen aus nachwachsenden Rohstoffen nicht vorliegt. Vielmehr muss das übergeordnete abfallwirtschaftliche Ziel die grundsätzliche Verringerung der in Verkehr gebrachten Einwegkunststoffverpackungen sowie die hochwertige Verwertung der entstehenden Abfälle bleiben.

Im Auftrag

Dr. Dube

Ministerialdirektorin

